Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 63 (1971)

Heft: 4

Artikel: 1. Mai 1971 : im Zeichen der Tat

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354496

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGE: «BILDUNGSARBEIT»
HEFT 4 - APRIL 1971 - 63. JAHRGANG

1. Mai 1971: Im Zeichen der Tat

Werktätige Frauen und Männer! Mitbestimmen im Betrieb – die Forderung schlug ein. Sicher, wir leben in einer Demokratie. Aber das Bürgertum hat diese Demokratie so eingerichtet, dass sie von Kapital und Managertum weitgehend gelenkt werden kann. Wir Gewerkschafter haben schon manche Bresche in die herrschende Phalanx geschlagen. Konzentration und Anonymität des Kapitals entziehen aber die Wirtschaft immer mehr dem Einfluss des arbeitenden Volkes. Deshalb: Mitbestimmung, Mitgestaltung dort, wo die Wurzel jenes rücksichtslosen Nur-Rendite-Denkens liegt, das – wenn es so weiter geht – zum «Komfort ohne Ueberlebenschance» führen wird.

Sehen wir uns um: verschmutzte Gewässer, chaotische Verkehrsverhältnisse, zu geringer sozialer Schutz, zuwenig Spitäler und Altersheime, veraltete Schulsysteme, kaum mehr tragbare Mieten. Muss unser Wohlstand mit all dem bezahlt werden? Bezahlt von der grossen Masse der Arbeitnehmerschaft, die es sich nicht leisten kann, am lärmfreien, sonnigen Hang eine Villa zu bauen; die den Städten, den Mietwohnungen, dem Verkehrschaos, der überfüllten allgemeinen Abteilung im Spital nicht entgehen kann, sondern damit zu leben hat. Damit zu leben, ohne genügend Einfluss zu haben.

Unser Einfluss muss grösser werden. Deshalb: Mitbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft. Mitbestimmung auch im Betrieb.

Kolleginnen und Kollegen,

Vieles haben wir erreicht in unserem steten Kampf um die Besserstellung des Arbeitnehmers. Vieles bleibt noch zu tun. Angesichts

der blühenden Wirtschaft, angesichts der Riesengewinne, die von Kapital und Managertum abgeschöpft werden, ist es besonders stossend, dass es in unserem Land noch Not und Elend gibt. Die materielle Not der Benachteiligten müssen wir zum Verschwinden bringen. Deshalb unterstützen wir Arbeitnehmer den Ausbau der Sozialversicherung. Unter unserem Druck wurde eine Revision der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge in die Wege geleitet, die nicht nur die Sicherung der Existenz, sondern die Sicherung des gewohnten Lebensstandards bezweckt. Der von den Gewerkschaften massgeblich mitgetragene Vorstoss für eine Krankenversicherung, die durch ein umfassendes Obligatorium die Familie wirksam schützt, dient ebenfalls dem Ziel der Verhinderung materieller Not.

Befreiung von materieller Not ist das eine, die Lebensgestaltung ein zweites, dem unsere Anstrengungen gelten. Die Vorschläge des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zur Verbesserung der Berufsbildung; die Forderung, jedem Menschen in unserer schnellebigen Zeit die notwendige Umschulung und Weiterbildung zu sichern; das energische Streben nach Verwirklichung der Chancengleichheit für alle lernenden und arbeitenden Menschen – das sind Bemühungen, die dem einzelnen Arbeitnehmer, die der Gesamtheit Nutzen bringen.

Zur Verwirklichung dieser Ziele braucht es Solidarität. Solidarität nicht nur mit den Kollegen am Arbeitsplatz. Solidarität auch zwischen den Geschlechtern. Wie der Mann die Frau und die Frau den Mann braucht in der Familie, so brauchen die beiden einander auch im Betrieb und im öffentlichen Leben. Nachdem die Gleichberechtigung der Frau im politischen Bereich endlich anerkannt ist, geht es jetzt darum, diese Gleichberechtigung auch im wirtschaftlichen Leben, in rechtlicher, kultureller und sozialer Hinsicht durchzusetzen. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – ist eine jener Forderungen, die wir energisch und zielbewusst weiterverfolgen.

Solidarität braucht es aber auch mit jenen Kollegen, die uns manchmal etwas Mühe machen, sie zu verstehen. Wir meinen die ausländischen Arbeitskollegen. Es liegt vieles im argen zwischen ihnen und uns. Sündenböcke zu suchen, ist müssig. Das Wort von Max Frisch gilt noch immer: «Wir wollten Arbeitskräfte, und es kamen Menschen». Das schafft Probleme, die wir nur mit gegenseitigem guten Willen, im Geiste der internationalen Solidarität lösen können. Wir müssen versuchen, die Probleme der andern zu verstehen. Die Probleme des Einzelnen, aber auch diejenigen ganzer Völker. Die Schweiz kann nicht mitten in Europa ein isoliertes Dasein fristen. Selbst wenn es ein vergoldetes Dasein wäre, ein Käfig bliebe es trotzdem. Deshalb gehen wir Gewerkschafter zielstrebig und bewusst jene Aufgaben an, die uns die Umwelt im weitesten Sinne stellt.

Kolleginnen und Kollegen,

Wir stellen diesen 1. Mai in das Zeichen der Tat; der Taten für eine menschlichere Zukunft, die wir vereint und stark mitgestalten wollen. Unser Kampf hat sich bisher gelohnt, er wird sich auch in Zukunft lohnen.

Bundeskomitee des
Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Lancierung einer gewerkschaftlichen Mitbestimmungsinitiative

Die Gewerkschaften kämpfen für soziale Gerechtigkeit, Menschenwürde, Demokratie. Sie haben in ihrer langen Geschichte viel erreicht und entscheidend zur Wohlstandssteigerung der Arbeitnehmer beigetragen. Trotz aller Erfolge müssen die Gewerkschaften aber feststellen, dass ihre Ziele noch lange nicht erreicht sind. Unter den aktuellen Forderungen steht die Mitbestimmung im Vordergrund.

Es ist zuzugeben, dass in unserem Lande schon heute vielfältige Formen der Mitsprache und Mitbestimmung bestehen. So kann beispielsweise an die Initiativ- und Referendumsrechte erinnert werden, an das Vernehmlassungsverfahren der Verbände, an die kollektive Regelung der Arbeitsbedingungen, an überbetriebliche paritätische Institutionen der Sozialpartner. Zu erwähnen sind insbesondere die Arbeiter-, Betriebs- und Personalkommissionen im privaten und öffentlichen Sektor der Wirtschaft. In den Verwaltungsräten von SBB und PTT sind die Arbeitnehmer über ihre Interessenorganisationen vertreten.

Die Arbeitnehmer und Gewerkschaften wissen das Bestehende, das ihnen ja nicht kampflos in den Schoss gefallen ist, zu schätzen. Aber es genügt bei weitem nicht. Im Bereich der betrieblichen Mitbestimmung müssen entscheidende Schritte vorwärts getan werden. Die Demokratie darf nicht vor den Fabriktoren ihr Ende finden. Die Situation der Arbeitnehmer in Betrieb, Unternehmung und Verwaltung kann und muss verbessert werden. Es geht um Stellung und Recht der Arbeitnehmer. Mitbestimmung ist nichts Abstraktes, sondern etwas sehr Praktisches und Lebensnahes.

In jüngster Zeit haben sich die Gewerkschaften besonders intensiv mit der Frage befasst, wo und wie die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer ausgebaut werden könnten. Dies gilt nicht nur für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund und seine Verbände – der

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek